

Antrag der Fraktion der FDP

Landesausbildungsfonds stoppen! Keine zusätzlichen Belastungen angesichts aktueller Herausforderungen für die Wirtschaft im Land Bremen

Am 23. Mai 2022 hat die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa den Abschlussbericht der Expertenkommission zum Landesausbildungsfonds vorgelegt (Pressemitteilung des Senats). Dieser stellt ein Modell vor, dass nicht auf Sanktionen setzt, sondern Pläne für einen „solidarisch finanzierten Unterstützungsfonds“ vorsieht. Aus der Abgabe in einen Landesausbildungsfonds, an den die meisten Unternehmen eine Abgabe zahlen, sollen Maßnahmen für minderqualifizierte Jugendliche bezahlt werden, um einen Berufseinstieg zu ermöglichen. So sollen die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger und das Lehrstellenangebot der Unternehmen im Land verbessert werden.

Das Projekt – angelegt im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierungskoalition – soll noch vor der Bürgerschaftswahl im Mai 2023 in Form eines entsprechenden Gesetzes abgeschlossen werden. Schon 2019 hatte sich abgezeichnet, dass die Zahl der jungen Menschen, die nach dem Schulabschluss keine Berufsausbildung beginnen, stetig ansteigt. Trotz vielfacher Versuche – etwa die Gründung der Jugendberufsagentur seit 2015 oder das Landesprogramm „Ausbildungsgarantie“ ebenfalls aus 2015 – ist es nicht gelungen, die Lage der jungen Menschen im Land zu verbessern. In Bremen ist der Anteil der Menschen im Alter bis 34 Jahre, die über keine Berufsausbildung verfügen, mit 24 Prozent bundesweit am höchsten.

Um den beschriebenen Trend zu stoppen, setzt die Regierungskoalition nun auf einen Landesausbildungsfonds. Der genannte Expertenbericht sieht vor, dass ab 2023 0,05 bis 0,07 Prozent der Bruttolohnsumme von Betrieben ab zehn Mitarbeitenden entrichten müssen, 2024 wäre es noch mehr. Damit wäre nach Angaben der Wirtschaftsbehörde ein kleiner Betrieb mit zusätzlich 300 Euro belastet. Gesamteinnahmen werden in Höhe von sieben bis zwölf Millionen kalkuliert. Immer wieder flammen Diskussionen auf, auch kleinere Betriebe zu Abgabe zu verpflichten.

Klein- und mittelständische Unternehmen bilden weit über ihren Bedarf aus, stellen aber häufig Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen ein, da diese nach der Erfahrung der Bewerbungsverfahren häufig besser qualifiziert sind als Schülerinnen und Schüler aus dem eigenen Bundesland. Unbesetzte Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an Berufsschulen verschärfen das Problem zusätzlich.

Die Bundesagentur für Arbeit (31. August 2022) sowie die Handels- und Handwerkskammer meldeten (19. September 2022), 1.499 unbesetzte Lehrstellen im Land Bremen. Insgesamt 5.105 gemeldete Berufsausbildungsstellen – mehr als im Vorjahr – standen im Ausbildungsjahr 2022 zur Verfügung. Demgegenüber standen 4.441 - weniger als im Vorjahr - gemeldete Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsplätze. Die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber ist im Vergleich zum Vorjahr weiter rückläufig.

Aktuell befinden wir uns in einer der größten Krisen seit dem 2. Weltkrieg. Pandemie, Krieg und Klimawandel stellen ungeahnte Herausforderungen da. Viele Betriebe im Land sehen

schon jetzt ihre Existenzgrundlage in Gefahr und befürchten, nicht zuletzt wegen explodierender Energiekosten, ein baldiges Aus. In dieser wirtschaftlich angespannten Situation ist es verantwortungslos, an den Plänen zum Landesausbildungsfonds festzuhalten. Jede zusätzliche Belastung muss vermieden werden, um den Betrieben im Land die Möglichkeit zu eröffnen, die Krise zu überstehen. Das Land braucht diese Betriebe – sie bringen Menschen in Arbeit und sorgen dafür, dass sich die soziale Abwärtsspirale in den Stadtgemeinden nicht noch schneller abwärts dreht (s. dazu den Dritten Lebenslagenbericht Bremen, 2021). Bremen hat viele offene Lehrstellen, auch in der Krise. Unter den Schulabgängern aktiv für eine Berufsausbildung zu werben und die Vermittlung zu verbessern, muss Ziel der Regierenden sein. Die Wirtschaft im Land hingegen zusätzlich zu schwächen, ist verantwortungslos.

Beschlussempfehlung:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

Alle Pläne zur Einführung eines Landesausbildungsfonds sofort zu stoppen.

Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP